

UZUnsere Zeit
Zeitung der DKP

November 2016

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Rüder Umgang mit Beschäftigten

DKP fordert: Konsequenzen im BEST-Vorstand ziehen

Bei der städtischen Entsorgungsgesellschaft BEST hängt seit langem der innerbetriebliche Haussegen schief. Beschäftigte der BEST beklagten sich bei der DKP über das Führungsverhalten des Vorstandes der BEST gegenüber der Belegschaft.

Es hat sich eine Kultur des Misstrauens und der unangemessenen Kontrolle gegenüber den Beschäftigten entwickelt. Die wachsende Unzufriedenheit und die erhöhte Arbeitsbelastung der Belegschaft zeigt sich u. a. in einem extrem hohen Krankheitsstand. Aus Protest gegen die Personalführung blieb die Belegschaft des Recyclinghofes Donnerberg im letzten Jahr der Einweihung der neuen Funktionsgebäude am Recyclinghof fern.

Erstmals in den letzten zehn Jahren wurde die tarifliche Erfolgsbeteiligung für die Be-

schäftigten am Jahresergebnis der BEST um ein Drittel gekürzt. Als Begründung wurden höhere Personalkosten angegeben. Offensichtlich soll damit die Belegschaft abgestraft werden! Die Bonuszahlungen der Vorstandsmitglieder blieben dagegen mit 7.000 Euro bzw. 6.500 Euro unangetastet. Im Verwaltungsrat der BEST hat nur die DKP gegen diesen unsozialen Beschluss gestimmt! Im September hatte der Vorstand den Personalrat der BEST sowie SPD-, CDU-, Grüne- und ödp-Mitglieder des Verwaltungsrates der BEST zu

einem Gespräch im Forsthaus Specht eingeladen, um die innerbetrieblichen Spannungen zu besprechen. Als einzige Partei mit Stimmrecht im Verwaltungsrat wurde die DKP als unbequeme Ratspartei bewusst nicht eingeladen. DKP-Ratsherr Michael Gerber und Mitglied des Verwaltungsrates der BEST: „Um die innerbetrieblichen Konflikte zu überwinden, sind personelle Veränderungen im Vorstand dringend notwendig!“ Bekanntlich fängt der Fisch am Kopf an zu stinken. Dies ist bei der BEST ebenso!

Michael Gerber, Tel: 96227

DKP sammelt Unterschriften

Das kennen Sie ja: Die DKP steht mit ihrem Info-Stand und sammelt Unterschriften: Für Initiativen, gegen Sparschweinereien. In der nächsten Zeit braucht die DKP aber selbst Ihren guten Namen. Die Kommunisten kandidieren nämlich zur Landtags- und Bundestagswahl im nächsten Jahr. Das ist eigentlich selbstverständlich, aber: Das Wahlgesetz verlangt, dass die „kleinen Parteien“ Unterschriften zur Kandidatenaufstellung vorlegen. Wenn Sie also in den nächsten Wochen von Kommunisten auf ein Autogramm angesprochen werden: Diesmal brauchen wir es für uns.

Wählen Sie DKP!

**Sprechstunden
der
DKP-Ratsgruppe:**

**Montag &
Donnerstag
15.00 -
17.00 Uhr
im
DKP-Büro
Germania-
straße 54**

*

**Telefon:
688 157**

*

**Internet:
www.dkp-
bottrop.de**

**und bei
Facebook**

Quadraterweiterung

Bottrop soll selbst zahlen

Mit einer Erweiterung des Quadrats sollen die Werke von Josef Albers künftig dort dauerhaft präsentiert werden können. Bei bedeutenden Wechselausstellungen mussten sie bisher immer abgehängt werden.

Bisher wurde vom Kulturdezernenten Loeven (SPD) und der Vorsitzenden des Kulturausschusses Budke (CDU) der Eindruck vermittelt, dass die Finanzierung von Bau und die Unterhaltung der Erweiterung des Quadrats durch Fördermittel von Bund und Land, der RAG sowie weiteren Sponsoren gesichert sind. Dies ist jedoch gar nicht der Fall!

Im Kulturausschuss hat Herr Loeven, allerdings erst nach energischen Rückfragen der DKP, die Hosen runter gelassen. „Die Sponsoren erwarten einen Beitrag der Stadt für die Finanzierung“, äußerte sich Loeven.

Laut Haushaltsplan soll Bottrop von den 10 Millionen Baukosten für die Erweiterung mindestens 500.000 Euro tragen. Zu den künftigen Unterhaltungskosten gibt es bisher noch gar keine belastbaren Zahlen. Die DKP fordert von der RAG eine Zusage, die „Ewigkeitskosten“ der Erweiterung des Quadrats zu übernehmen. Sonst drohen weitere Einschnitte und Gebührenerhöhungen für die Bürger.

Daran wird sich die DKP nicht beteiligen! Bei einer Online-Umfrage der WAZ äußerten 62 Prozent der Bürger, dass es in Bottrop wichtigere Aufgaben gebe, als die Erweiterung des Quadrats! Wir meinen: zum Beispiel die Besetzung einer Planstelle für das Museum für Ur- und Ortsgeschichte!

Irmgard Bobrzik, Tel: 62020



Planierdrape und Muldenkipper auf der Halde: Dreck und Lärm für die Skihalle. Wer zahlt eigentlich, falls die tatsächlich mal Pleite geht? 50.000 Euro muss das Alpincenter nur auf der hohen Kante als Sicherheit für einen solchen Fall hinterlegen – das reicht natürlich niemals, also zahlt dann wieder die Stadt und damit der Bürger.

Alpincenter

Anschüttung mit Sondermüll hat begonnen

Seit Mitte September wird am Nordhang des Alpincenters Sondermüll angeschüttet, bestehend aus Hausmüllverbrennungssasche und 25 Prozent Eisensilikatgranulat. Bei einer Ortsbesichtigung stellte DKP-Ratscherr Michael Gerber eine erhebliche Lärm-, Staub- und Geruchsbelästigung durch die Anschüttung für die Anwohner fest.

Mit dieser Anschüttung von 450.000 Kubikmetern kann das Alpincenter auch noch Kasse machen. Dieses Material darf eigentlich nur auf Deponien abgelagert und unter bestimmten Auflagen als Untergrund beim Straßenbau sowie bei Lärmschutzwällen verwendet werden. Dafür kann das Alpincenter nämlich von den „Lieferanten“ Geld kassieren, das sonst an Betreiber von Sondermülldeponien bezahlt werden müsste. Es ist ein Skandal,

dass das Alpincenter jetzt mit der Anschüttung von hochbelastetem Material auch noch Gewinn machen kann.

Für die Anwohner sind sowohl die vierjährigen Arbeiten bei der Anschüttung des Sondermülls als auch die dauerhaften gesundheitlichen Risiken eine große unzumutbare Belastung. Es gibt bisher in NRW kein Beispiel, dass in dieser Menge hochbelastetes Material bei einer Anschüttung für ein technisches Bauwerk verwendet wird. Die Gefahr ist, dass damit das Grundwasser belastet wird. Regenwasser darf daher nicht in den Haldenkörper eindringen. Der Haldenkörper soll durch Bentonitmatten abgedichtet und das Regenwasser mittels Drainage- und Sammelleitungen in ein neu anzulegendes Regenrückhaltebecken abgeleitet werden.

Inzwischen bewegt sich die



Halde immer noch weiter! Bei der letzten Messung im August durch den Vermesser zeigte sich, dass sich sechs Stützköpfe des Alpincenters teilweise erheblich weiter verschoben haben. Bis zur maximal zulässigen Verschiebung von 25 cm fehlen an einer der Achsen nur noch 2,7 cm. Am Stützbalken 68 stellte der Gutachter bereits eine Rissbildung fest!

Mit der jetzt begonnenen Anschüttung wird sich nach Aussagen des von der DKP beauftragten Gutachters Prof. Benner die Verschiebung der Halde und damit des Alpincenters eher weiter beschleunigen. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis das endgültige Aus für das Alpincenter kommt.

Michael Gerber, Tel: 96227

Vor 60 Jahren

164 Jahre Haft zu Unrecht für Bottroper

Als 1956 die KPD verboten wurde, hatte dies auch für einige Bottroper schlimme Folgen: Sie wurden politisch verfolgt. Bereits in den Jahren davor waren junge Menschen aus unserer Stadt wegen Mitgliedschaft in der FDJ zu Haftstrafen verurteilt worden, nachdem diese Jugendorganisation 1951 – also kurz nach dem Krieg – verboten worden war.

Die Opfer dieser politischen Hexenjagd standen oftmals vor den gleichen Richtern der Landgerichte, die bereits unter den Nazis „Recht gesprochen“ hatten, Nazi-Richtern.

Beispiele gefällig? Viele Menschen werden sich noch an Heinz Czymek erinnern – langjähriger DKP-Ratsherr. Der wurde gleich zweimal zu Haft verurteilt, zusammen zu 19 Monaten. Oder Franz Meichsner, der 1954 zu 1 ½ Jahren verurteilt wurde – und als kranker Mann aus der Haft zurückkehrte, ein Aufenthalt in einer Lungenheilstätte schloss sich an. In der Nachbarzelle starb der Mithäftling Karl Jungmann qualvoll an Nierenversagen – ebenfalls ein politischer Gefangener der Ära Adenauer.

Insgesamt wurden in dieser Zeit 164 Monate Haft an Bottropern vollstreckt – zusammen 13 Jahre und 8 Monate – und diese Aufstellung ist sicher nicht vollständig. Clemens Kraienhorst wurde noch 1964 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Warum ist das heute noch interessant? Weil das KPD-Verbot immer noch nicht aufgehoben ist! Alte Nazis wurden amnestiert oder gar nicht erst angeklagt, Kommunisten verbüßten die Haft, auch wenn sie aktive Widerstandskämpfer gewesen waren.

Die bundesdeutsche Justiz war damals auf dem rechten Auge blind – das ist sie heute immer noch.

Herbert Dibowski, Tel.: 33855



Auch in diesem Jahr unterstützten DKP-Mitglieder – hier Manfred Plümpe – den Förderverein Stenhoffbad bei seinen Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Bades. Leider endete viel zu früh den Badebetrieb, obwohl es noch sehr warm war.

Die schwäbische Hausfrau und der Haushalt

Städtische Pleite auch Pleite nennen

Wenn der Haushalt der Stadt eingebracht wird, müssen sich die Ratsparteien damit befassen – schließlich soll der Etat ja auch beschlossen werden: **Fast 1.000 Seiten ist dieses Werk dick. Aber eigentlich liesse sich der Inhalt dieses Haushalt im Ergebnis mit dem Satz der schwäbischen Hausfrau zusammenfassen: Mir habet nix un mir gebet nix.**

2012 wurde mit großem Brimborium von den Ratsparteien SPD, CDU, ödp und F.D.P. ein Sparhaushalt beschlossen – und zwar gleich für die nächsten Jahre, der sogenannte Stärkungspakt. Schon der Name ist eigentlich ein Widerspruch in sich selbst, es geht ja nicht um Stärken, sondern um Schwächen der Gemeindefinanzen. Sinn sollte nämlich sein, Ausgaben und Personal zu kürzen, um vom Land wiederum Mittel zu bekommen.

Mit dem jetzigen Haushaltsentwurf muss die Verwaltung jedoch die Hose runterlassen: Das für 2016 geplante Defizit von 10,3 Millionen Euro bläht sich auf 15,1 Millionen auf, gleichzeitig sollen 11,34 Millionen Euro zusätzlich im Rahmen des erwähnten Paktes dieses Jahr eingespart werden und 11,5 Millionen sollen vom Land kommen. Da bedarf es keiner großen Rechenkünste: Der Stadt Bottrop fehlen insgesamt mindestens 38 Millionen – allein, um auf Null zu kommen! So etwas nennt sich „in der Wirtschaft“ strukturelle Unterfinanzierung oder schlicht: Pleite. Dieses böse Wort traut sich sonst niemand auszusprechen, also noch einmal: Bottrop ist pleite!

Wie wir das kennen, wird man in den Mehrheitsparteien wieder auf die Idee kommen, die Grundsteuer B anzuheben und somit auch hier wieder Kosten auf die

Bürger abzuwälzen. Spannend ist in diesem Zusammenhang, dass die Umlagen, welche die Stadt an den Landschaftsverband (LWL) zahlen muss, um schlappe 2,9 Millionen gestiegen ist – wir haben es ja, denkt man sich in Münster wohl, dort sitzt der LWL. Außerdem wird man sicherlich weiter Personal und damit Serviceleistungen für den Bürger kürzen wollen. **Die regierenden Parteien im Rat sind die gleichen, wie im Bund: SPD und CDU. Die Bundesregierung ist aber offensichtlich nicht daran interessiert, Städte und Gemeinden mit den nötigen Finanzen auszustatten, Kriegseinsätze und Steuererleichterungen für die Reichen gehen vor – die Pleite der Stadt Bottrop ist also gewollt - Volksparteien sollten diese Parteien sich nicht nennen dürfen. Insofern muss der Satz der schwäbischen Hausfrau also ergänzt werden: Mir habet nix un mir gebet nix – die Reichen haben schon alles und kriegen noch mehr.**

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

**Übrigens:
Diese NOTIZEN-Ausgabe wird aus Spenden finanziert – wie jede andere vorher auch. Unsere Kontonummer: 7112 bei der Sparkasse Bottrop**



Das Kreuz mit dem Dreieck

Bürger gegen geplantes Monsterdreieck

Das Autobahndreieck A 2/A 31 soll in den nächsten Jahren zu einem Monsterdreieck umgebaut werden. Geplant ist, alle Rampen, Aus- und Einfahrten auf zwei Spuren auszubauen und wesentlich zu verlängern - fast von der Stadtgrenze bis zur Gladbecker Straße.

Die Fahrtrichtung Oberhausen zur A 31 soll einen sogenannten „Überflieger“ (Brücke) erhalten. Mehrere Brücken wie z. B. die der Herzogstraße müssen neu gebaut oder erweitert werden. Der bisherige Reitweg soll wegfallen. Mit dem Ausbau sind massive Eingriffe in die Natur geplant: 9.700 Quadratmeter Waldfläche sollen vernichtet werden. Neue Lärmschutzwände sind bis zu 11,50 m Höhe geplant.

Auf einer sehr gut besuchten Bürgerversammlung in der Mensa der Willy-Brandt-Gesamtschule wurden vom Baubetrieb „Straßen NRW“ die besorgten Fragen der Bürger entweder gar nicht oder nur sehr ausweichend beantwortet. Wütende Reaktionen waren die Antwort der Bürger! Vielen Anwohnern droht der Verlust von Gartenflächen und Lebensqualität. Dem Kleingartenverein Eigenhof steht der Verlust weiterer Gartenparzellen bevor.

Beim Stenkhoffbad wird die Lärmschutzwand bis dicht an den Beckenrand versetzt. Damit droht das endgültige Aus für das einzige Freibad in Bottrop. Die Bauzeit des Umbaus soll 56 Monate betragen - viereinhalb Jahre! Und das ist nur die Bauzeit!

Die Forderung der DKP nach einem Tempolimit auf der Autobahn in Höhe der Wohnbebauung und nach Verwendung von sogenanntem Flüsterasphalt wurde von „Straßen NRW“ strikt abgelehnt. Dabei sind dies heutzutage Standards, um deutlich die Lärm- und Umweltbelastung zu verringern. Die DKP fordert jetzt „Straßen NRW“ auf, die genauen Pläne öffentlich zu machen, damit sich betroffene Bürger genau informieren können.

Ein damals geplanter Weiterbau der A 31 mitten durch Bottrop konnte in den siebziger Jahren verhindert werden. Widerstand lohnt sich und kann erfolgreich sein!

Birgit Lütke-Jordan, Tel: 0157-35351077

Speicherwerk statt Bergwerk

Ist das alles? Nach dem Ende des Bergbaus 2018

Ende August geisterte eine Idee durch die Presse, aus dem Bergwerk Prosper-Haniel ein Pumpspeicherkraftwerk zu machen. 2018 soll das Ende des Bergbaus in unserer Stadt kommen.

Die Idee ist ja grundsätzlich eine mindestens zu prüfende, aber nicht unbedingt neu. Die Grünen meinen: Ja, das könnte was sein. Ein Pumpspeicherwerk mit einem oberirdischen Speicherbecken, Solarzellen in größerem Umfang, Windkraftanlagen auf einer Halde, einem Umspannwerk und einer Biogasanlage? Das findet Zuspruch bei den Grünen? Schon die Aufzählung lässt daran zweifeln: So ein See ist nicht zum Baden da, sondern wird ebenso wie die erwähnten Anlagen die Landschaft verschandeln – und wie wir unsere Energiekonzerne kennen, ist hier „Landschaft“ sicher da, wo man viele Bäume umhacken kann. Flächen wurden jedenfalls noch nicht benannt.

Die DKP ist jedenfalls skeptisch und erwartet, dass jetzt Butter bei die Fische gegeben wird und die Fragen nach dem Was, Wann, Wo und Wie beantwortet werden, bevor in Jubelschreie ausgebrochen wird. Und: Laut Presseartikel werden später lediglich 50 Personen die Anlage „fahren“ – nicht gerade ein Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze im Bergbau. Die IGBCE – Gewerkschaft der Bergleute – kritisierte daher nicht umsonst, dass es sich hier bisher lediglich um eine Studie mit Rentabilitätsberechnung handele.

Momentan sieht es nach Meinung der DKP so aus, dass alle Entscheider auf politischer und Rohrkohleebene 2018 verwundert schauen werden und sagen: „Wie, der Bergbau macht Schluss? Wie, fast 3.000 Arbeitsplätze sind weg? Meine Güte, hätten wir das vorher gewusst...“

Die DKP meint, es wird Zeit, öffentlich über das Ende des Bergbaus zu reden, Flächen zu benennen, die bebaut werden könnten – zum Beispiel durch Ikea – die Folgen des Bergbaus für unsere Stadt auf Heller und Cent zu berechnen und Mittel für die Zeit nach 2018 bereit zu stellen. Die RAG hat genug am Bergbau und an der Arbeit der Bergleute verdient – Geld genug sollte also da sein.

Jörg Wingold, Tel. 685911

unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: _____

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name: _____

Vorname: _____

Straße, Hausnummer: _____

PLZ / Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen

Coupon einsenden oder per Mail schicken:

info@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 29



Gegen die Bebauung Am Freitagshof

Bürgerinitiative Vonderort gegründet

Am 19. August gründete sich in Bottrop-Vonderort eine Bürgerinitiative gegen die Bebauungspläne Am Freitagshof. Pläne sehen vor, dass auf der Freifläche neben dem Naturschutzgebiet 110 Wohneinheiten entstehen sollen.

Dazu Gerd Brembach, Sprecher der Initiative: „Die Gründung einer Initiative war erforderlich, da wir eine kritische Auseinandersetzung zum Erhalt der Grünfläche in der Bottroper Politik vermissen.“

Die Anwohner befürchten, dass durch die ohnehin schon hohe Bebauungsdichte in diesem Bereich zusätzliche Probleme besonders bei der Entwässerung, und dem Verkehr entstehen werden. Sie sind bestürzt darüber, wie gedankenlos Natur aufgegeben wird. Und das in Zeiten, wo in Städten immer weniger natürliche Versickerungsflächen zur Verfügung stehen und immer mehr Tiere nicht mehr wissen wohin.“

Erhebliche Sorge bereitet den Anwohnern, dass der Kfz-Verkehr durch weitere Wohneinheiten stark zunimmt. Bereits jetzt ist es für Autofahrer schwierig, die engen Straßen zu befahren. Ebenfalls könnten Anliegerbeiträge in Rechnung gestellt werden, sollte der Freitagshof bis zur Armelerstraße verlängert werden.

Auch die DKP ist gegen diese Bebauung. Dazu Birgit Lüttke-Jordan, Mitglied des Bau- und Verkehrsausschusses: „Die Nähe zum Naturschutzgebiet, die Struktur des Stadtteils, in dem es noch nicht einmal einen Supermarkt gibt und eine weitere Bebauung auf der ‚grünen Wiese‘ zu Lasten der Anwohner wird unsere Partei bestimmt nicht unterstützen.“

Um die Bebauung zu verhindern, sammelt die Initiative Unterschriften und bittet die Bottroper Bürgerinnen und Bürger um Unterstützung ihres Vorhabens.

Weiter Informationen erhalten Sie unter folgendem Link:

<http://bund-bottrop.de/data/documents/Vortrag-Gruendung-der-Initiative-Vonderort-am-19-August-2016.pdf>

Birgit Lüttke-Jordan, Tel.: 0157-35351077



Einzelhandel im Eigen

EDEKA-Konzern blockiert einen ganzen Stadtteil

Nach 25 Jahren musste Ende Oktober die Familie Blesing den EDEKA-Markt am Eigener Markt gegen ihre Absicht schließen. Die Kündigung der Filiale durch den EDEKA-Konzern hatten die Betreiber Mitte des Jahres erst aus der Zeitung erfahren. Dahinter verbirgt sich eine langfristige Strategie von EDEKA. Es ist nicht die einzige Skrupellosigkeit des größten Einzelhandelskonzerns Deutschlands.

Der EDEKA-Konzern blockiert jetzt auch bewusst jede weitere Entwicklung im Einzelhandel für den Ortsteil Eigen! Seit mehreren Jahren versucht EDEKA nämlich stattdessen, einen großflächigen Einzelhandel am ehemaligen Standort des Autohauses „Cargo“ an der Gladbecker Straße gerichtlich gegen die Stadt Bottrop durchzusetzen. Die Pläne von EDEKA werden bisher durch den gültigen Bebauungsplan der Stadt blockiert, der an diesem Standort einen Lebensmittelmarkt ausschließt - die DKP findet: Völlig richtig!

Der Ausgang des Rechtsstreites ist offen. Andere Lebensmittelgeschäfte scheuen daher jetzt das Risiko, eine Filiale am Eigener Markt zu eröffnen. Ebenso bei einem mögliche CAP-Markt der Diakonie: EDEKA sitzt auch hier am längeren Hebel, da der Konzern Hauptlieferant der CAP-Märkte ist. Dem EDEKA-Konzern ist die Zukunft des Stadtteils Eigen völlig wurscht. Brutal wird die Marktmacht ausgenutzt, wie auch das Beispiel Tengelmann zeigt. Der Eigener Markt ist noch ein funktionierendes Stadtteilzentrum mit vielen Geschäften und am Freitag mit einem lebendigen Markt. Zu befürchten ist, dass ohne einen Lebensmittelladen immer mehr Einzelhandelsgeschäfte aufgeben und eine ähnliche Entwicklung einsetzt, wie in den Stadtteilen Boy, Welheim oder Vonderort.

Eine gute Nahversorgung der Anwohner des Stadtteils liegt im öffentlichen Interesse. Gefordert ist jetzt auch Oberbürgermeister Tischler. Er muss auch in Gesprächen mit EDEKA erreichen, dass der Konzern sich nicht in das ehemalige Cargo-Gelände einklagt.

Nebenzentren wie der Eigen dürfen nicht vernachlässigt werden. Es geht um die Lebensqualität eines ganzen Stadtteils. Die DKP hatte 2.500 Unterschriften für den Erhalt eines Lebensmittelmarktes am Eigener Markt gesammelt. Die DKP wird sich auch weiterhin für einen lebenswerten Eigen einsetzen!

Manfred Plümpe, Tel: 94135

Impressum

Ich möchte...

Informationen über die DKP bekommen.

Einladungen zu den Veranstaltungen

Mitglied werden.

Name: _____

Straße: _____
PLZ, Ort: _____

Herausgeberin: DKP-Ratsgruppe im Rat

V.i.S.d.P.: Michael Gerber,
Germaniastr. 54, 46236
Bottrop

☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de

www.dkp-bottrop.de
und bei Facebook

Auflage: 30.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel

Hauptschule Welheim

Schulpavillons statt Busverkehr - finanzierbar!

Die DKP lehnt die Einrichtung eines Nebenstandortes für die Hauptschule Welheim in der ehemaligen Goetheschule ab. Die Schulleiterin, Frau Rosner, hat im Schulausschuss sehr deutlich die pädagogischen Gründe aufgeführt, die gegen eine solche „Dependance“ – so der Fachausdruck – sprechen. Für die Schülerinnen und Schüler der letzten aufnehmenden Hauptschule in Bottrop sollten die Startbedingungen in der Sekundarstufe I nicht noch zusätzlich erschwert werden.

Ein Schulpavillon ist über einen längeren Zeitraum nicht viel teurer als die Ausgaben für tägliche Busfahrten zwischen der Hauptschule Welheim und der ehemaligen Goetheschule. Wer den Schülerinnen und Schülern der Hauptschule Welheim eine wirkliche Chance für gute Bildungsabschlüsse geben will, muss dafür auch die räumlichen Voraussetzungen schaffen. Die Kosten von 800.000 Euro können durch die zusätzlichen Landesmittel für Schulbauten von 15 Millionen Euro locker bezahlt werden! Deshalb ist die DKP für Schulpavillons statt Bustransfer! SPD, Grüne und ödp haben dies im Rat der Stadt aber abgelehnt!

Die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler nach Herkunft und Hautfarbe wird von der Hauptschule Welheim als Herausforderung und Chance verstanden. Nicht Ausgrenzung, sondern Integration bestimmt das Schulleben. Mit einer so weit entfernten Nebenstelle würde die Stadt gegen dieses pädagogische Konzept der Schule verstoßen! Die DKP spricht sich dafür aus, in Schulbauten statt in Busfahrten zu investieren. Insgesamt ist jedoch das mehrgliedrige Schulsystem in NRW mit fünf Schultypen in der Sekundarstufe I zum Scheitern verurteilt. Die Gesamtschule ist die richtige Antwort auf die immer größeren Herausforderungen für die Pädagogik von heute.

Günter Ziemmek, Tel: 0157 70347922



Zur Einschulung verteilten Vertreter der DKP wieder Schultüten – hier Michael Gerber vor der Rheinabenschule. Besonderen Anklang fanden wieder die Stofftiere, sowohl bei den Kindern, als auch bei ihren Eltern.

Jugendzentrum im Spargelhof Beckmann

Wer betreibt politisches Ränkespiel?

Seit mehr als zehn Jahren ist geplant, den Spargelhof Beckmann in Kirchhellen zu einem Jugendzentrum umzubauen. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 21.06.2016 beantragte die SPD eine aktuelle Kostenaufstellung. Ein harmloser und längst überfälliger Antrag, sollte man meinen - aber weit gefehlt.

CDU und ödp zeigten sich „überrascht“, die Hintergrundgespräche seien noch nicht abgeschlossen und auch im Unterausschuss (ein kleiner Kreis von Auserwählten) sei das Thema noch nicht diskutiert. Der Ausschussvorsitzende Hirschfelder (CDU) bezeichnete den Antrag sogar als politisches Ränkespiel. Um einer Abstimmungsniederlage zu entgehen, beantragte Frau Kohmann für die SPD eine Sitzungsunterbrechung und schlug dann vor, das Thema zunächst im Unterausschuss und dann im nächsten JHA im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren.

Auf die Frage nach ihrem Demokratieverständnis und warum sie sich von der CDU solche dummen Vorwürfe machen lasse, antwortete Frau Kohmann: „Was sollen wir denn machen?“

In der nächsten Sitzung des JHA - nicht öffentlich versteht sich – entwickelte sich ein künstlicher Streit um einen alternativen Standort. Es stellte sich aber schnell heraus, dass niemand einen anderen bevorzugte. Dennoch meinte die CDU, man müsse einen alternativen Standort haben, um die Kosten vergleichen zu können. Dieser Auffassung wollten dann aber nur zwei CDU-Abgeordnete folgen – möglicherweise, weil den anderen dies denn doch zu albern vorkam. So wurde beschlossen, die Kosten zu ermitteln, wenn die Stadtverwaltung irgendwann Personal für diese Arbeit übrig hat.

Laut Bericht aus der Presse will die SPD aber nun doch Ernst machen mit dem Jugendzentrum im Spargelhof. Hier muss man nun wirklich nicht mehr fragen, wer in Bottrop Interesse hat, etwas für die Jugend zu tun – die CDU wohl nicht.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

Jetzt auch am Mülleimer - Überwachung

Chip-Chip-hurra??

Die BEST möchte alle Mülleimer künftig mit elektronischen Elementen (Chips) ausrüsten. Damit würde eine lückenlose Überwachung der Bürger und der BEST-Mitarbeiter möglich. Die Umrüstung soll ca. 450.000 Euro kosten. Bezahlen wird dies natürlich der Bürger. Die BEST will mit dem Chip angeblich Missbrauch verhindern, wenn Haushalte für eine kleine Mülltonne bezahlen, aber eine größere benutzen. Die DKP befürchtet, dass der Chip eher dazu genutzt wird, die Müllgebühren nicht nach der Größe der Müllbehälter, sondern nach dem geleerten Gewicht zu berechnen und uns das dann als „Verbrauchergerechtigkeit“ zu verkaufen. Tatsächlich wird das jedoch zu wilden Müllkippen im Stadtgebiet führen. Weiterhin kritisiert die DKP, dass mit den Chips einer lückenlosen Überwachung der BEST-Beschäftigten Tor und Tür geöffnet wird. Dies sind auch die Sorgen des Personalrats. Bei dem Misstrauen des Vorstandes gegenüber den Beschäftigten sind diese Befürchtungen mehr als berechtigt.

Michael Gerber, Tel: 96227



DKP informiert im Café an der Ernst-Moritz-Arndt-Straße über die Pläne der GBB

Ernst-Moritz-Arndt-Straße: Kritik der DKP

GBB gibt Pflegedienst-Stützpunkt auf

Das barrierefreie Wohnquartier der Gesellschaft für Bau- und Wohnen Bottrop mbH (GBB) an der Ernst-Moritz-Arndt-Straße nach dem Vorbild des Bielefelder Modells droht zu scheitern. Neben einem Wohncafé für die Mieter, ist ein Pflegestützpunkt mit Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale zentraler Bestandteil dieses neuen Wohnmodells. Der Pflegedienst Reckmann hat jedoch den Mietvertrag des Büroraumes neben dem Mietercafé gekündigt.

Die GBB hat den Mietern schriftlich mitgeteilt, dass im November das bisherige Büro zu einer Wohnung umgebaut werden soll. Dazu soll auch ein Teil des Mietercafés und der Terrasse für die künftige Wohnung abgetrennt werden. Die Beschäftigten des Pflegedienstes Reckmann sollen künftig das Mietercafé in den allgemeinen Öffnungszeiten als Dienstraum mit benutzen. Dagegen protestieren berechtigt

die Mieter der GBB.

Bis zum Frühjahr 2017 werden an der Ernst-Moritz-Arndt-Straße durch die GBB zwei weitere Bauabschnitte mit barrierefreien Wohnungen fertiggestellt. Eine Verkleinerung des Mietercafés für die dann verdoppelte Anzahl der Mieter ist unzumutbar und beeinträchtigt die Möglichkeiten der Bewohner in ihrer selbstorganisierten Freizeitbetätigung mit Spieleschach, Frühstück, Café, Grillen und anderen Angeboten.

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Das Wohnquartier wird als Modellprojekt mit Landesmitteln gefördert. Es ist ein Skandal, wenn bereits vor der endgültigen Fertigstellung ein zentraler Bestandteil wie der Pflegestützpunkt aufgegeben wird. Beratungen über Pflegeleistungen gehören nicht in ein von allen Anwohnern genutztes Mietercafé, sondern in separate Büroräume. Dafür muss die GBB auch künftig sorgen!“
Irmgard Bobrzik, Tel: 62020

Skandal im Job-Center

Ein fast alltägliche Odyssee durch die Ämter

Frau Doris T. ist froh, dass für sie das Kapitel Hartz IV abgeschlossen ist. Sie hatte als Friseurin gearbeitet, bis 1999 die Filiale geschlossen wurde. Die Erfahrungen mit dem Arbeitsamt: ständig wechselnde Ansprechpartner und der eine weiß nicht, was der andere tut.

Im November 2009 erhält sie „versehentlich“ keine Zahlung auf ihr Konto, zum Glück hat der Vermieter Verständnis, aber die Sparkasse berechnet Überziehungszinsen. Auch im Oktober 2012 wird die Zahlung „vergessen“. Ihr wird telefonisch Barzahlung versprochen. Frau T. ist gehbehindert, als sie am Arbeitsamt ankommt, wird sie barsch abgewiesen – sie habe keinen Termin.

Im Sommer ging der Kühlschrank kaputt - angeblich steht ihr kein Zuschuss zu. Der Anwalt fragt nach, sie kann einen Antrag stellen, der wird aber dann nicht bewilligt. Nochmals schaltet sich ihr Anwalt ein, dann werden endlich 150 Euro Kredit zugestanden. Sie hatte inzwischen von guten Bekannten einen Ersatzkühlschrank bekommen und konnte so stolz verzichten.

Im Mai 2016 wurde sie gezwungen, mit 63 Jahren vorzeitig Rente zu beantragen. Rückwirkend ab Mai wurde die Rente bewilligt. Sie legte den Bescheid vor, das Arbeitsamt sollte mit der Rentenversicherung verrechnen, aber im August blieb dann wieder das Geld aus und wurde erst nach einigem Hin und Her verspätet nachgezahlt. Seit September kommt nun die kleine Rente regelmäßig, sie muss aufstocken, aber beim Sozialamt fühlt sie sich besser aufgehoben.

Das ist schon ein starkes Stück: Eine Zwangsverrentung ist dieser Frau lieber, als sich dem Job-Center auszusetzen! Hartz IV ist nicht nur Armut per Gesetz, sondern außerdem erniedrigend.

Gertrud Schulz, Tel.: 684055

Mieterrechte

Wohnungsbesichtigungen durch den Vermieter

Grundsätzlich gilt, dass der Mieter das alleinige Hausrecht in seiner Wohnung ausübt! Der Vermieter hat nur dann eine Berechtigung zur Wohnungsbesichtigung, wenn ein triftiger Grund vorliegt.

Jedoch müssen Besuche vorher angekündigt werden. Bei nicht berufstätigen Mietern reichen 24 Stunden aus, bei Berufstätigen muss der Vermieter sich etwa drei bis vier Tage vorher anmelden. Der Mieter hat natürlich das Recht diesen Termin abzulehnen und einen Ausweichtermin vorzuschlagen.

Darf denn der Vermieter mit einem Zweitschlüssel die Wohnung betreten?

Nein! Der Vermieter ist nicht berechtigt, einen Zweit- oder Universalschlüssel für die Wohnung zu behalten. Betritt sie der Vermieter ohne Erlaubnis, kann der Mieter sogar fristlos kündigen oder die Schlösser der Wohnungstür austauschen.

Bei Ärger mit dem Vermieter lohnt es sich, den Rat eines Fachanwaltes einzuholen, zum Beispiel beim örtlichen Mieterverein oder einem Fachanwalt für Mietrecht.

Birgit Lüdtke-Jordan, Tel.: 0157-35351077



An der Krümmenstraße trafen sich Vertreter der DKP-Ratsgruppe mit Anwohnern – diese Straße im Eigen wird teilweise als Rennstrecke missbraucht. Dagegen wehren sich die Anwohner.

Städtischer Bauhof

Der geplatzte Umzug und die langen Gesichter

Der Umzug des „grünen Bauhofs“ von der Hans-Böckler-Straße zur Brakerstraße findet nicht statt. Der Fachbereich Umwelt und Grün sollte dort auf dem Gelände der Firma Umwelt Becker zusammengefasst werden.

Dazu wollte die Stadtverwaltung Grundstück und Gebäude aufkaufen. Die DKP hatte den Grundstückskauf als viel zu teuer kritisiert und abgelehnt.

Dieser Deal der Stadt mit dem Skandalunternehmer Becker ist jetzt geplatzt. Die Firma Umwelt Becker ist vom Verkauf zurückgetreten. Damit verbleibt der Bauhof weiter an der Hans-Böckler-Straße. Die Stadt wollte das dortige Gelände verkaufen, damit hier Luxuswohnungen für Reiche entstehen. Dieter Giebelstein, städtischer Fachbereichsleiter für Immobilienwirtschaft, verkündete bereits vor zwei Jahren, die Gegend sei „ein Highlight der Wohnbebauung in der Innenstadt“. Jetzt gibt es lange Gesichter bei der Spitze der Stadtverwaltung!

Michael Gerber, Tel.: 96227

Kein Scherz, sondern bitterer Ernst

Gewinnspiel: Erraten Sie den Termin



In der Innenstadt gibt es Leerstand – ein bisschen gruselig sieht es schon aus. In den NOTIZEN ist darüber ja auch schon ausgiebig berichtet worden. Hier sehen Sie nochmals den aktuellen Zustand sowohl des Hansa-Zentrums, als auch der ehemaligen Filiale von Karstadt. Nun gibt es Licht am Ende des Tunnels. Es soll angeblich mit beiden Gebäuden zügig vorwärts gehen. Zum einen sollen sich für das Karstadtgebäude Mieter gefunden haben und das Hansa-Zentrum soll endlich weitergebaut werden – ein neuer Investor soll gefunden sein.

UND NUN ZU UNSEREM GEWINNSPIEL: Schicken Sie uns bis Mitte Dezember eine Karte oder eine Email, geben Sie Ihre Anschrift in Bottrop an und schätzen Sie, zu welchem Datum das Hansa-Zentrum eröffnet wird und wann das Karstadt-Haus mit neuen Mietern wieder eröffnet wird. Sie können für beides Schätzungen abgeben oder nur für eines der Gebäude: Wer schließlich am nächsten dran ist, hat gewonnen! Sie können einen Kino-Gutschein oder eine Eintrittskarte für ein Theaterstück in Bottrop gewinnen.

Um es klarzustellen: Wir kennen die Termine auch noch nicht, Sie müssen also warten, bis es soweit ist! Wir bewahren die Einsendungen solange auf, bis der jeweilige Tag gekommen ist – und dann wird ausgewertet. Die Gewinner werden benachrichtigt und veröffentlicht. NICHT teilnehmen können leider Personen mit eventuellem Insiderwissen, also Mitarbeiter der Bauämter der Stadt und der Stadtspitze!

Und hier nochmal unsere Anschrift: DKP Bottrop, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop, Email: dkp-bottrop@t-online.de